



IG BAU: Autobahnen dürfen nicht privatisiert werden

KREIS WESEL (RP) Die IG Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) hat vor einer schleichenden Privatisierung der heimischen Autobahnen gewarnt. Bundes- und Landtagsabgeordnete aus dem Kreis Wesel sollten sich jetzt in Berlin gegen entsprechende Pläne positionieren, fordert die Gewerkschaft. „Die Autobahn gehört zur öffentlichen Infrastruktur und darf auf keinen Fall den Gewinninteressen einzelner untergeordnet werden“, sagt IG BAU-Betriebsvorsitzender Friedhelm Bierkant. Allein in Nordrhein-Westfalen stehe langfristig die Zukunft von 2200 Autobahn-Kilometern auf dem Spiel. „Kein einziger davon darf privatisiert werden. Privat-Autobahnen wären eine Milchmädchenrechnung zulasten der Autofahrer und Steuerzahler“, so Bierkant.

Im Dezember hatte das Kabinett die Gründung einer so genannten Infrastrukturgesellschaft beschlossen, die künftig die Bundesautobahnen (BAB) bauen, planen und betreiben soll. Geplant ist zwar der Verbleib der GmbH in Staatseigentum. Durch sogenannte „Public-private-Partnerships“ ist der Bau und Betrieb zahlreicher Streckenabschnitte in privater Hand jedoch weiterhin möglich, so die IG BAU

Duisburg-Niederrhein. Die Gewerkschaft befürchtet eine fortschreitende „Privatisierung durch die Hintertür“. Per Maut könnten Investoren die Autofahrer kräftig zur Kasse bitten.

Im März soll die „Infrastrukturgesellschaft“ zusammen mit einem Gesetzespaket zu den Bund-Länder-Finzen endgültig beschlossen werden. Dafür ist eine Zweidrittelmehrheit in Bundestag und Bundesrat nötig. „Abgeordnete auch aus dem Kreis Wesel haben jetzt die Chance, gegen die Pläne zu stimmen“, sagt Bierkant. Das wäre nicht nur gut für die Autofahrer, sondern auch im Interesse der Beschäftigten am Bau.

Bauarbeiter seien besonders häufig auf Autobahnen unterwegs. Eine Nutzungsgebühr träfe gerade auch sie hart. Außerdem sieht der Gewerkschafter eine Gefahr für die Arbeitsbedingungen im Straßenbau. Wenn Privatbetreiber Autobahnen bauten, könnten sie die Standards der öffentlichen Vergabe umgehen – auf Kosten der Qualität, der Löhne und des Arbeitsschutzes.

Bund und Länder dürften dies nicht zulassen und sollten aus Privatisierungsfehlern der Vergangenheit lernen.